Ausgabe für Groß-Berlin
Morgenblatt

Preis 1,8 Milliarden

Deutsche Allgemeine Zeitung

Tägliche Rundschau

Dienstag
30. Oktober 1923

Chefredakteure: Professor Dr. Paul Lensch, Schriftleitung und Verlag Berlin SW 48, Wilhelmstr. 30—32. Fernsprecher Amt Nollendorf: 4783—88, 5080—88. Postscheck Berlin Nr. 107 041. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst täglich zweimal. Bezug 18 Milliarden M. f. d. Woche v. 28. Okt. — 3. Nov.

Abonnements werden nur angenommen, wenn der Besteller sich verpflichtet, etwaige während der Bezugszeit notwendig werdende Preiserhöhungen zu bezahlen.

In Fällen höherer Gewalt, von Betriebsstörung, von Streik oder erzwungenen Einstellung des Betriebes besteht kein Anspruch auf Nachlieferung oder Rückzahlung des Entgelts. Anzeigenpreis 250 M. je 83 mm breite mm-Zeile mal Schlüsselzahl. Bedarfsanzeigen werden nach besonderem Tarif berechnet.

30. 10. m | Nr. 503 | 1.8 Milliarden
62. Jahrgang.

Anzeigen-Schlüsselzahl heute 18 Millionen.

Zentrum 2487
Perser-Teppiche
Handwebe, echtes Perser-Material
Anfertigung von Privatteppichen
Orient. Teppichlager
Kurfürstendamm 60
W. 15 Konzentr. 60

Um eine neue sächsische Regierung.

Demokratisch-sozialdemokratische Bemühungen.

Die Richtlinien für Dr. Heinze.

Die Reichstagsabgeordneten Fischer (Dem.), Wels und Dittmann (Soz.) haben sich, wie wir hören, nach Dresden begeben, um sich dort für die schleunige Bildung einer Regierung einzusetzen. Das neue Kabinett soll, wie wir weiter erfahren, in der nächsten Möglichkeit auf Demokraten und Sozialdemokraten stützen und auf ihnen gebildet werden. Diese Tendenz spricht auch aus der Wahl der drei Abgesandten aus Berlin.

Die Richtlinien der Reichsregierung für den neuernannten Reichskommissar für Sachsen, Reichsminister Dr. Heinze, haben zum Ziel, eine Regierung zu bilden, hinter der die Mehrheit des Landes steht und der keine Kommunisten angehören. Die Teilnahme kommunistischer Minister, deren Partei zu Gewaltstreichen aufredet, ist mit verfassungsmäßigen Zuständen unvereinbar. Solange die verfassungsmäßige Regierung noch nicht gebildet ist, gehen Rechte und Pflichten der Regierung auf den Reichskommissar über, der die Regierung mit Hilfe der Beamtenschaft führt.

Falls es zu einer Regierungsbildung aus Demokraten und Sozialdemokraten kommt, nehmen man damit, daß die Deutsche Volkspartei in Sachsen unter dem Einfluß des Reichskommissars Heinze einer solchen Lösung zustimmen würde. Da es sich um ein Minderheitskabinett handeln würde, sollen einige Elite im Kabinett freigehalten werden, damit eine Erweiterung der Regierungsbasis möglich bleibt. Gedacht wird dabei offenbar an ein Kabinett der Großen Koalition.

Aufruf an die sächsische Bevölkerung.

Vorläufig: Beamtenkabinett.

Sd. **Dresden**, 29. 10. (Eigenbericht)

Mit der Führung der Geschäfte sind folgende Beamte beauftragt worden: Ministerium des Innern Ministerialdirektor a. D. Dr. Schmitt, Finanzministerium Ministerialdirektor Dr. Müller, Wirtschafts- und Arbeitsministerium Dr. v. Hübel, Justizministerium Dr. Mannsfeld, Oberlandesgerichtspräsident, Kultusministerium Ministerialrat Dr. Melcher. Die Leitung der Staatskanzlei ist ihrem früheren Leiter, Ministerialdirektor Dr. Schulze, wieder übertragen worden.

Der Reichskommissar für Sachsen Dr. Heinze hat einen Aufruf an die sächsische Bevölkerung erlassen. In dem es heißt:

Meine Aufgabe ist, zusammen mit dem Militärbefehlshaber des Wehrkreises IV die Ordnung und Sicherheit im Lande wiederherzustellen, Plünderungen zu verhüten, den Terror der Straße mit den Betrieben zu brechen und damit die Sicherheit zu schaffen, die die Voraussetzung für jede gedeihliche Arbeit und das Aufleben der sächsischen Wirtschaft ist. Meine Hauptsorge wird sein, für die Ernährung der Bevölkerung das Möglichste zu tun, mein Hauptziel, so rasch wie möglich unter Zusammenfassung aller verfassungstreuen Kräfte die Bildung einer neuen Regierung auf parlamentarischer Grundlage zu fördern. Ich verwahre mich alle Gutgesinnten in der Erfüllung meiner schweren Aufgabe tatkräftig unterstützen. Von der Beamtenschaft erwarte ich, daß sie getreulich ihren Amtspflichten nachkommt. Wer sich einer der Dienstpflicht entziehen sollte, wird die Folgen dieser Pflichtvergessenheit zu tragen haben.

Besprechungen in Berlin.

Das Reichskabinett ist gestern abend 8¼ Uhr zu einer Besprechung über die allgemeine politische Lage zusammengetreten, nachdem der Reichspräsident im Laufe des Nachmittags die Führer der Koalitionsparteien empfangen und über die Schritte der Reichsregierung gegen Sachsen unterrichtet hatte.

Die sozialdemokratischen Reichsminister.

Die Arbeit hinter den Kulissen.

Der „Vorwärts" schreibt:

„Die Behauptung, daß die sozialdemokratischen Reichsminister der Übergang der sächsischen Regierung und der Ernennung eines Reichskommissars zugestimmt hätten, ist unrichtig. Reichswehrminister Geßler als Inhaber der vollziehenden Gewalt nahm den Standpunkt ein, daß er die Mahnahmen gegen Sachsen ohne Zustimmung des Kabinetts vornehmen könne, aber er wolle seinem Entschluß loyal der Reichsregierung mit. Die sozialdemokratischen Minister erklärten, daß auch sie sich Ausschreiten der kommunistischen Minister in Sachsen für eine Notwendigkeit hielten, nachdem diese und die Landtagsfraktion zur gewaltsamen Auflehnung gegen die Verfassung aufgefordert haben. Die sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder warnten aber wiederholt und eindringlich vor dem von Reichswehrminister eingeschlagenen Schritt, dem sie unbeilvolle Folgen in Sachsen und im Reich voraussagten. Sie erreichten durch diesen Widerstand, daß die sofortige Entscheidung unterblieb, die Abänderung des Schreibens des Reichswehrministers nicht erfolgt und der Reichskanzler der sächsischen Regierung eine Frist von 24 Stunden ließ. Während dieser Frist versuchten die sozialdemokratischen Führer in Dresden eine Umbildung der Regierung herbeizuführen. Ja nach dem Ergebnis dieser Dresdener Besprechungen behielten sich die sozialdemokratischen Minister ihre Entschließung vor."

*

Die Spitzenvertreter der freien Gewerkschaften werden, wie der „Vorwärts" weiter mitteilt, zu den neuesten Vorgängen bei Reichsregierung gegen die sächsische Regierung ungesäumt Stellungnehmen. Sie haben in diesem schroffen Vorgehen einen solchen Widerspruch zu dem in der Geschichte der Arbeiterbewegung gegenüber der bayerischen Auflehnung gegen das Reich, daß es Zweifel an dem tatsächlichen Willen, die deutsche Republik gegen die Reaktion zu schützen, aufkommen läßt.

New Yorker Schlußkurs:

Parität (Gelbh.): 33333 Mill. Mk.

Nachbörslich: Unverändert.

Dreitägiger Proteststreik.

Von S. P. D. und K. P. D.

Sd. **Dresden**, 29. 10. (Eigenbericht)

Wie wir soeben erfahren, ist von morgen früh ab ein dreitägiger Generalstreik als Protest gegen die Absetzung des Kabinetts Zeigner für ganz Sachsen beschlossen worden. Der Generalstreik ist ausgerufen worden von der Sozialdemokratischen und Kommunistischen Partei sowie von den Spitzengewerkschaften. Beziehungen ist, daß an dieser Stimme, die den Generalstreik beschließt, auch die beiden kommunistischen Exminister Böttcher und Heckert teilnahmen.

Protest Dr. Zeigners.

Dresden, 29. 10. (W. T. B.) Die Nachrichtenstelle der sächsischen Staatskanzlei teilt amtlich mit: Die sächsischen Minister haben heute mittag in einer Beratung das neu ernannten Reichskommissars Dr. Heinze erhalten, wonach sie ihres Amtes enthoben sind. Die sächsische Regierung wird gegen diesen Akt bei der Reichsregierung Protest erheben und die sofortige Einberufung des Reichsrats fordern. Außerdem wird sie eine Zusammenkunft der Ministerpräsidenten der Länder verlangen.

Koalitionsbesorgnisse.

Die „Zeit", das volksparteiliche Organ, zeigt sich über die voraussichtliche Haltung der Sozialdemokratie etwas besorgt und richtet daher folgende dringende Warnung an die sozialistische Adresse:

„Halten die Koalitionsparteien weiter fest zusammen, so hat die Regierung bei dem Kampf, den sie um die Wahrung ihrer Autorität führen muß, die notwendige Rückendeckung. Von außen her kann Herr von Kahr der Koalition nichts anhaben, wenn sie nicht von innen her zerfetzt wird. Und hier liegt unzweifelhaft eine gewisse Gefahr. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei hat sich am Sonnabend zu verhalten zu dem Programm des Reichskanzlers bekannt, und es kann als sicher angenommen werden, daß die übrigen bürgerlichen Koalitionsparteien ebenso denken. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat sich meines Wissens noch nicht mit der politischen Lage beschäftigt. Sie sieht aber, wie man wohl annehmen darf, ihrer Mehrheit nach nicht auf dem Standpunkt, der der „Vorwärts" in seiner Ausgabe vom Sonntag einnimmt. Das sozialdemokratische Zentralorgan bezeichnete das Vorgehen gegen Sachsen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird sich dadurch hoffentlich nicht abhalten lassen, zu ihren Vertretern im Kabinett zu stehen und der Regierungskoalition treu zu bleiben. Das ist der einzige Weg, auf dem das Ziel verfassungsmäßig erreicht werden kann."

Eine Beamtenregierung.

Sd. **Dresden**, 29. 10. (Eigenbericht)

Alle öffentlichen Regierungsgebäude sind besetzt worden, die Ministerien sowie auch das Landtagsgebäude. Im Landtag befanden hat man Vorsorge getroffen, daß vor allen Dingen die kommunistischen Fraktionsräume besetzt wurden. Auch die Pol und das Telegraphenamt sind von der Reichswehr besetzt worden. Die Gebäude sind zum Teil auch von außen abgesperrt.

Wir hören weiter, daß Dr. Heinze einige Beamte zur Weiterführung der Geschäfte der einzelnen Ministerien bestimmt hat.

Preger auf dem Rückweg nach Berlin.

Die Lage „erschwert".

München, 29. 10. (T. U.) **Gesandter von Preger kehrt nach der Aussprache mit dem Ministerpräsidenten, versehen mit Instruktionen, alsbald nach Berlin zurück. Man betrachtet an den zuständigen Stellen in München die Lage als durch die Note der Reichsregierung erschwert. Es handelt sich jetzt um grundsätzliche Entscheidungen über den Artikel 48 der Reichsverfassung und darum, ob und inwieweit eine Zentralgewalt im Reich in der Lage ist, jederzeit in die Verhältnisse eines Landes einzugreifen.**

Bayerischer Ministerrat.

München, 29. 10. (W. T. B.) Der Ministerrat, der für Montag angesetzt war, findet morgen statt und wird voraussichtlich zur gesamten Angelegenheit Stellung nehmen.

Löhne in wertbeständigen Zahlungsmitteln.

In Besprechungen, die am Montag, den 29. d. M., im Reichsarbeitsministerium zwischen den beteiligten Reichsressorts und Vertretern der Spitzenverbände der Arbeitnehmer stattgefunden haben, wurde auf Grund der Erklärung des Vertreters des Reichsfinanzministeriums festgestellt, daß wertbeständige Zahlungsmittel in einer zur Lohnzahlung ausreichenden Menge in der kommenden Woche noch nicht zur Verfügung stehen. Es ist daher in der Woche wird ein zunächst noch geringer Bruchteil der Löhne und Gehälter wertbeständig ausgezahlt werden können. Der Übergang zur vollen Bezahlung in wertbeständigen Zahlungsmitteln wird dann noch einige Wochen in Anspruch nehmen. Es kann sich naturgemäß nur in dem Ausmaße vollziehen, in dem die Verfügung wertbeständiger Zahlungsmittel technisch möglich ist. Dabei ist zu beachten, daß wertbeständige Zahlungsmittel eines erhöhten Schutzes gegen Fälschung bedürfen und daher in ihrer Herstellung gewissen Beschränkungen unterliegen. Alle Beteiligten werden darüber einig, daß die Verteilung der wertbeständigen Lohnzahlungsmittel auf die einzelnen Betriebs- und Erwerbszweige möglichst gleichmäßig erfolgen muß, und hierbei insbesondere das Reich nicht schneller als die Privatindustrie vorgehen darf.

Die Vertreter der Spitzengewerkschaften fordern einmütig den sofortigen Übergang zur Berechnung der Löhne in Goldmark. Eine endgültige Klärung dieser Zeitfrage ist noch nicht erfolgt. Die Besprechungen hierüber sollen heute am Mittwoch, den 31. d. M. unter Zuziehung der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände fortgesetzt werden.

Besprechungen über Hungerabwehr im Rheinland.

Der Kölner Erzbischof beim Präsidenten der Rheinlandkommission. — Tirard nach Paris.

bd. **Köln**, 29. 10. (Eigenbericht)

Wie die „Kölnische Volkszeitung" heute berichtet, begab sich der Erzbischof von Köln, Kardinal Schulte, am Sonntag zum Präsidenten der Interalliierten Rheinlandkommission nach Koblenz, um im Sinne seines Hirtenbriefes die Katholiken des Auslandes auf die Besatzungsmächte, die er um schleunige Erleichterung der Lebensmitteltransporte dringend ersuchte, persönlich einzuweisen.

Das „Kölner Tageblatt", dem die Verantwortung für die Richtigkeit der nachstehenden Meldung überlassen bleiben muß, veröffentlicht in seiner morgigen Ausgabe folgende Ausführungen: „Der Kommission, die gelegentlich der Besprechung mit dem Reichskanzler am vergangenen Donnerstag in Hagen gebildet worden war, setzt sich aus den rheinischen Parteiführern und einigen weitsichtigen bekannten Männern unserer rheinischen Heimat zusammen. Die Absicht dieser Kommission war, das der Reichsregierung nicht gelungen wollte, mit der Rheinlandkommission, insbesondere mit ihrem französischen Vorsitzender über die kommenden Dinge, von allem darüber, wie das Wirtschaftsleben wieder neue Impulse bekommen könne, mit Meine zu kommen. Dieser Versuch, der gleich am Freitag unternommen worden ist, scheiterte; einmal daran, weil Tirard, der Präsident der Rheinlandkommission, an dem Tage verhindert war, sodann aber auch, weil nach den Anweisungen nach den bisher bekannten Grundsätzen der französischen Ministerpräsidenten der rheinische Oberbefehlshaber nicht mit Männern verhandeln wollte, die er als Beauftragte der deutschen Reichsregierung ansah. Die Bemühungen, zu direkten Besprechungen zu kommen, stocken und drohten zu scheitern. Da trat am Freitag abend in besonders dankenswerter Weise der Kölner Erzbischof ein. Er ließ betonen, daß ihn die politischen Fragen um Diffenzen nicht interessierten, daß er aber im Rheinland eine ungeheure Hungersnot vor Augen sehe, und daß er bereit wäre, die höheren Möglichkeiten verhanden machte, dem drohenden wirtschaftlichen Elend entgegenzuarbeiten. Der Präsident der Rheinlandkommission ließ dem Kölner Erzbischof antworten, er würde ihm zu jeder Minute zur Verfügung, wenn es sich darum handle, eine Frage der Nahrungsmittelzufuhr für die besetzten Gebiete zu besprechen. Tirard bedauerte bei der Gelegenheit, daß er wegen Arbeitsüberhäufung den Erzbischof nicht persönlich in Köln aufsuchen könne. Er schlug aber vor, der Kardinal im Hauptquartier unter militärischem Schutz von Köln zu der Besprechung abholen zu lassen. Diese Besprechung zwischen dem Kölner Erzbischof und dem Vorsitzenden der Rheinlandkommission fand am Sonnabend nachmittag statt. Gegenstand der Unterhaltung war, wie wir zu wissen glauben, die Frage wegen der vorrangigen Zufuhr von Nahrungsmitteln und die Mittel zur Abhilfe. Diese Verhandlungen werden fortgesetzt. Sie fanden ihre Ergänzung in Besprechungen, die der Präsident der Rheinlandkommission heute, im Laufe des Montags, mit dem Vorsitzenden der Kölner Handelskammer, Geheimrat Dr. Louis Hagen, und später mit den Führern der beiden großen rheinischen Parteien, mit dem Justizrat Mönnig (Zentrum) und dem Beigeordneten Dr. Meerfeld (Mehrheitssozialist), hatte. Soviel wir wissen, sind auch bei diesen Besprechungen die allgemeinen rheinischen Fragen nicht erörtert worden. Man beschäftigte sich lediglich mit den Sorgen des Kölner Erzbischofs angewiesen Maßregeln. Nach den Besprechungen mit den Kölner Herren begab sich Tirard nach Paris."

*

Das deutsche Wolf, insonderheit die Bewohner des schwergeprüften besetzten Gebietes, werden dem katholischen Kirchenfürsten Dank zollen, daß er den sicher nicht leichten Gang an Tirard unternommen hat, um die Not der Bevölkerung noch Möglichkeit zu lindern.

*

Des deutsche Wolf, insonderheit die Bewohner des schwergeprüften besetzten Gebietes, werden dem katholischen Kirchenfürsten Dank zollen, daß er den sicher nicht leichten Gang an Tirard unternommen hat, um die Not der Bevölkerung noch Möglichkeit zu lindern.

Die selbstverständliche Pflicht.

Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: Die Beamten des besetzten Gebietes dürfen unter keinen Umständen die Separatisten anerkennen. Eine Treuverpflichtung, Unterordnung oder Befehl mit ihnen kann nicht in Frage kommen. Geldmittel dürfen den Separatisten nicht ausgehändigt werden. Reisen, die in ihrer Hände gelangen erhalten keine Mittel. Diese Anweisungen gelten für Beamte aller Art. Ein Verstoß dagegen wird die schwersten Folgen für die Beamten nach sich ziehen. Andererseits ist ausdrücklich festgestellt, daß die Beamten für etwaige nachteilige Folgen ihres Verhaltens unbedingt sichergestellt werden.

Dank der Reichsregierung an Rheinland und Ruhrgebiet.

W. T. B. wird amtlich: Die aus allen Teilen des besetzten Gebietes bei der Reichsregierung eingelaufenen Nachrichten bezeugen, daß die eingelaufene Beschlüsse der Rheinlande und des Ruhrgebiets dem hochherzigsten, von landfremden Elementen angestellten Separatistenputsch mit verschwindenden Ausnahmen völlig ablehnen und ihn gegenüberstellt. Der Separatistenputsch ist damit trotz der gewaltsamen Inbesitznahme einiger öffentlicher Gebäude von vornherein zum Scheitern verurteilt. Die Bevölkerung Gesindel läßt sich kein Staat gründen. Die bezgewiesenen Anstrengungen der Separatisten und ihrer Helfer, die Bevölkerung durch Einschüchterung und falsche Nachrichten zu beeinflussen, verursachen daran nichts zu ändern. Die Reichsregierung sollt der standhaften Haltung der Bevölkerung des besetzten Gebietes volle Anerkennung. Sie weiß, daß die besetzten Gebiete sich durch nichts vom Vaterlande trennen und ihm auch weiter die Treue halten werden. Der feste Rückhalt am Reich und den Ländern ist um Gleichst die Stärke Stütze in dem gerechten Kampf der Volksgenossen an Rhein und Ruhr für ihr Deutschtum und gegen die Verwelschung.

Völlige Arbeitseinstellung im Ruhrgebiet.

Böser Wille und Unfähigkeit der Franzosen.

Essen, 29. 10.

Aus gutunterrichteten Kreisen des Ruhrgebiets wird uns mitgeteilt:

Die neue Woche wird zweifellos zu den schwersten Zeiten gehören, die das Ruhrgebiet bisher erlebt hat. Die Betriebsstillegungen sind heute in einem Maße erfolgt, daß der völlige Arbeitseinstellung gleichkommt. In nahezu allen größeren Werken stehen die Maschinen still und die Schlote rauchen nicht mehr.

Die Verantwortung für diesen Zustand und seine Folgen haben einzig und allein die Besatzungsmächte zu übernehmen, die durch ihre Maßnahmen und ihre unerfüllbaren Bedingungen die jetzige Lage geschaffen haben. Auf deutscher Seite besteht nach wie vor Verhandlungsbereitschaft, und es bedarf nur einer vernünftigen Stellungnahme der interalliierten Kontrollkommission für die Hütten und Bergwerke. In einem solchen Falle erscheint eine Einigung nicht ausgeschlossen, wie zum Beispiel die Verhandlungen der Firma Krupp beweisen.

Aber auch selbst wenn in den nächsten Tagen Abkommen abgeschlossen werden können, die eine Wiederaufnahme des Betriebes gestatten, besehen Schwierigkeiten genug, die der produktiven Arbeit im Wege stehen. Die Transportfrage ist immer noch ungelöst. Wenn es nicht gelingt, Erze, Roheisen und Koks an die Werke heranzuführen und die Fertigfabrikate auszuführen, so ist die Wirtschaftlichkeit dieser Werke selbst durch Abkommen verschiedenster Art nicht um einen Schritt gefördert. Die Regie entschädigt sich neuerdings damit, daß die deutsche Eisenbahnverwaltung das nötige Material nicht zurückerstattet. Es muß jedoch festgestellt werden, daß Tausende von Wagen auf den toten Strecken des Ruhrrevers stehen.

Ab Montag, den 29. Oktober, ist für den Bezirk Essen ein neuer Fahrplan vorgesehen, der eine Verkürzung der Arbeitszeit und die Betriebsaufnahme auf bisher noch nicht besahrenen Strecken bringen soll. In einer solchen Bekanntmachung der Regie ist jedoch schon mitgeteilt worden, daß sich Wiederinbetriebnahme bisher stillgelegter Betriebe noch nicht erfolgen kann. Es sehen der Regie vor allem die höheren deutschen Eisenbahnbeamten, die in der Lage waren, eine Reorganisation des Verkehrs im Ruhrrevier durchzuführen.

Fortsetzung der Düsseldorfer Verhandlungen.

Paris, 29. 10. (W. T. B.) Ueber die Verhandlungen zwischen der Ruhrindustriellen und der Ingenieurkommission berichtet Havas aus Düsseldorf, die Verhandlungen würden in Düsseldorf fortgesetzt und man nehme an, daß es in dieser Woche zu einem Abschluß wichtiger Abmachungen kommen werde, durch welche die Zahl derjenigen Gruben- und Fabrikbesitzer, die bereit seien, die Reparationslieferungen wieder aufzunehmen, von 27 auf 90 % erhöhen würde.

Ermäßigung der Kohlensteuer im Ruhrgebiet.

Paris, 29. 10. (W. T. B.) Nach einer Havas-Meldung sind die Ansprüche der Besatzungsbehörden hinsichtlich der Kohlensteuer entwöhnlich geworden. Diese Zugeständnisse wird damit begründet, daß die der Kohlensteuerverordnung zugrunde liegenden Förderungsziffern infolge unzureichender Informationen der Besatzungsbehörden bei Beginn der Ruhraktion übertrieben hoch bemessen worden seien und jetzt den Tatsachen entsprechend berichtigt würden. Außerdem würden den Industriellen gewisse Fristen für die Zahlung der rückständigen Steuern gewährt werden, um nicht die augenblickliche Finanzlage noch mehr zu verschlechtern und den Industriellen die nötige Zeit zu lassen, Kredite aufzubringen, die sie anscheinend leicht erhalten sollten. Begleiten sei vorgesehen, ihnen einen Teil der beschlagnahmten Lagervorräte zur Verfügung zu stellen. Durch den Vertrieb dieser Lagervorräume würden sie in den Besitz der für die Wiederinbetriebsetzung ihres Werkes erforderlichen Beträge gelangen.

Die Düsseldorfer Ausschreitungen.

Düsseldorf, 29. 10. (W. T. B.) Bei Kämpfen um die Woche in der Parkstraße wurde ein 16jähriger Arbeiter durch einen Zusammenschuß mit Pfährige Lagerpistolen durch einen Kopfschuß getötet. Im Marienhospital liegen drei Schwerverletzte. Besonders schwere Ausschreitungen dauerten am Sonnabend in Oberesheim bis tief in die Nacht hinein an. Dort wurde das Gerichtsgefängnis von etwa 400 Menschen gestürmt, wobei 14 Strafgefangene frei wurden. Die Gefangenen dieses Morgenstunden lebten die Tumulte auch in Oberdilt wieder auf. Am frühen Morgen stürmte eine große Menge ein Spirituslager in der Kölner Straße. Die meisten Plünderer begannen bereits an Ort und Stelle Schnaps zu trinken, bis sie sich auf der Straße herumtrieben. Die Polizei wurde sehr bald wiederbergestellt, als die Besatzungstruppen zahlreich an der Polizei vorgingen. Die Nachmittags- und Abendstunden brachten keine Zusammenrottungen mehr. Die Besatzungsbehörde verlangt zunächst von der Bevölkerung die rückhaltlose gegen alle Plünderer mit der Waffe vorgehe. Militär stehe überall zur Verfügung bereit.

Wahlen zum Danziger Volkstag.

F. **Danzig**, 29. 10. (Eigenbericht) Für die am 18. November stattfindenden Wahlen zum Danziger Volkstag sind nicht weniger als 13 Wahlvorschlagslisten eingereicht worden. Davon gehen bürgerliche, je eine sozialdemokratische, eine kommunistische und eine polnische Liste. Die sozialdemokratische Volkspartei hat sich in zwei Gruppen gespalten, die Partei der Mitte, die Deutsche Partei für Fortschritt und Wirtschaft ist in vier neue Parteien auseinandergefallen. Bemerkenswert ist, daß auf den Kandidatenlisten der bürgerlichen Parteien mehrere parlamentarische Senatoren, so der Handelssenator Jewlowski nicht mehr erscheinen.

Englischer Druck auf Frankreich?

Curzon berichtet der Reichskonferenz.

A. **London**, 29. 10. (Eigenbericht)

Curzon hat heute der Reichskonferenz über die Frage der französischen Antwort geschlossene Tage Bericht erstattet. Die Abendblätter rechnen mit der Möglichkeit, daß England unter den gegenwärtigen Umständen auf seinen Plan Verzicht verzichten, oder aber eine Vollkonferenz ohne Frankreich einberufen würde. Ohne Zweifel wird sich die englische Regierung in den nächsten Tagen bemühen, auf Paris einen Druck auszuüben, um eine bessere Grundlage für die Beratungen zu erlangen. Aber man gibt sich hier keiner Täuschung hin, daß von diesem Versuch nur ein sehr geringer Erfolg zu erwarten ist.

Die gesamte englische Oeffentlichkeit ist sich nun darüber einig, daß die Durchführung der englischen Absichten in bezug auf eine internationale Konferenz durch die Haltung Poincarés unmöglich gemacht worden ist. Der „Standard" sagt, Poincaré habe durch seine Antwort seine bisherige Politik in der denkbar entschiedensten Weise bestätigt und nicht einmal den Anschein einer verschnlicheren Haltung zu erwecken versucht. Der „Manchester Guardian" läßt sich aus Paris melden, Poincaré denke nicht daran, auch nur in rein formaler Hinsicht von seiner Haltung abzuweichen. Der „Star" sagt, Poincaré habe den englischen Plan torpediert. Dasselbe Urteil fällt die gesamte übrige Presse, mit Ausnahme der französisch orientierten Organe.

Vom deutschen Standpunkt aus ist zu hoffen, daß die Konferenz unter den gegenwärtigen Umständen nicht nur zwecklos wäre, sondern daß diese ernste Gefahr für Deutschland bedeuten würde. Falls Frankreich seine Bedingungen durchsetzt, so würden alle für die deutsche Politik wichtigen Fragen von der Besprechung ausgeschlossen sein. Dagegen würde die Konferenz offenbar in den Dienst der französischen Sonderpolitik gestellt werden.

Nach dem „Manchester Guardian" erwartet man in Paris insbesondere, daß die Konferenz zu dem Ergebnis gelangen wird, die Ruhrbesetzung de facto anzuerkennen. Weiterhin werde die Konferenz nicht umhin können, den hoffnungslosen Bankrott Deutschlands (!) festzustellen und dabei den offiziellen Deutschen Gutschen im Ausland in Betracht zu ziehen. Kurz, die französische Politik ist offenbar entschlossen, alle Mittel anzuwenden, um die Verpflichtungen Nöthen, die zur Einberufung der Konferenz führten, in ihr Gegenteil zu verkehren.

Das Kabinett tritt heute am späten Nachmittag zusammen, um die Lage im Lichte der Antwort Frankreichs auf die britischen Vorschläge für eine neue Reparationsunterstützung zu erörtern.

Heute Beratung der Reparationskommission über die deutsche Note.

S. **Paris**, 29. 10. (Eigenbericht) Morgen nachmittag 3 Uhr tritt, wie bereits gemeldet, die Reparationskommission zusammen, um über die deutsche Note vom 24. Oktober zu beraten. Es läßt sich noch nicht voraussagen, ob die Beratung bereits morgen oder erst in der nächsten Sitzung am kommenden Freitag insgesamt welche Beschlüsse gefassen wird.

Die Reparationskommission wird wahrscheinlich einen Sachverständigenausschuß gemäß Artikel 234 des Versailler Vertrages ernennen und deutschen Vertretern wahrscheinlich Gelegenheit geben, den gegenwärtigen Stand der Hilfsmittel und der Lebensfähigkeit Deutschlands im einzelnen darzulegen sowie die deutschen Maßregeln zur Sanierung des Budgets und zur Stabilisierung der Währung mitzuteilen. Eine Aufforderung seitens der Reparationskommission an Deutschland, diese Vertreter zu ernennen, ist bis zur Stunde noch nicht ergangen.

Neue Schweizer Note in der Zonenfrage.

Bern, 29. 10. (W. T. B.) Am Montag vormittag hat der Bundesrat den Wortlaut der Antwortnote an Frankreich in der Frage der Genfer Zone fertiggestellt. Die Note wird Dienstag nach Paris abgehen und soll sogleich nach der Ueberreichung an die französische Regierung veröffentlichte werden.

Internationale Arbeitskonferenz.

Genf, 29. 10. (W. T. B.) Die Internationale Arbeitskonferenz nahm heute einstimmig den Entwurf einer Organisierung der Arbeitsinspektionen an, dessen Auffassung die Hauptaufgabe der diesjährigen Tagung bildet. Die gesamte deutsche Gruppe, die Regierungs-, Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter, stimmte für den Entwurf.

Heute abend trat hier bei dem Internationalen Arbeitsamt eine Vorkonferenz der internationale Konferenz für Arbeitsstatistik zusammen, deren Aufgabe darin besteht, eine Vereinheitlichung der Unfallstatistik und der bisher dazu angewendenden Klassifizierung der Betriebe vorzubereiten. 27 Staaten nehmen an der Konferenz vertreten, darunter Deutschland.

Kbg. **Wien**, 29. 10. (Eigenbericht) Im den nächsten Tagen treffen in Wien die Unterhändler der jugoslawischen Regierung zum Abschluß eines Handelsvertrages ein.

Kbg. **Wien**, 29. 10. (Eigenbericht) Im Budapest tritt morgen die Nationalversammlung zusammen. Die Sozialdemokraten planen scharfe Angriffe gegen die Regierung wegen der Teuerung.

Amerikanischer Funkdienst.

New York, Devisen- u. Geldmarkt.

	29. 10.	27. 10.		29. 10.	27. 10.
Tägl. Geld	4½%	nom.	Brüssel	—,—	5,12
Berlin	0,000000001	0,000000001	Amsterdam	38,83	38,90
Zürich	0,000000014	0,000000018	Zürich	—,—	17,82
Madrid	0,000000010	0,000000014	Kopenh.	17,80	17,36
Amst.	—,—	—,—	Prag	—,—	2,94
Lond. Tr.	4,48,62	4,49,87	Wien	—,—	4,53
Lond. Sht.	4,45,75	4,46,87	Budapest	—,—	13,38
Paris	5,86	5,59	Mailand	5,82	

Fragen der Geldreform.

Die Verzögerungen in der Lösung der Währungsfrage, die auf das Schuldkonto des ersten Kabinetts Stresemann zu schreiben sind, haben dazu geführt, daß das Reich in dem äußerstlichen Mittel bedient, als der Zwang und Auf nach einem wertbeständigen Zahlungsmittel übermächtig wurde. Auch wenn man den Forderungen der Banken, sich auf die Ausgabe von Goldanleihe als Zahlungsmittel für eine Uebergangszeit zu beschränken, schließlich nachgekommen wäre, hätte das an dem Zustande nichts geändert, der heute eingetreten ist. Heute löst sich das gesamtwirtschaftliche Währungsgebiet in eine Anzahl selbständiger Währungsstellgebiete auf, deren jedes seine eigene, natürlich wertbeständige, Währung auf den Markt bringt. Durch die Verordnung der Reichsregierung ist wenigstens vorgesehen, daß die Ausgabe des industriellen wertbeständigen Notgeldes nur auf der Grundlage der Goldanleihe gestattet ist. Aber das wertbeständige Geld der Einzelstaaten steht vorläufig auf anderer Basis, und diese Basis wechselt wiederum mit den Landesgrenzen. Dessen gibt wertbeständiges Geld in Gestalt von unverzinslichen Dollarschatzanweisungen aus, Bayern läßt Geld durch die Großkaufmännische Schaften, Hamburg Schatzanweisungen aus, deren Kapital samt Zinsen aus den Holzerlösen des Landes gedeckt werden soll, Bremen schafft Dollarschatzscheine, Hamburg durch die Hamburger Bank von 1923 wertbeständige Notscheine und Verrechnungsnoten, und so geht es weiter. Auf diese Weise droht jede Geldpolitik unmöglich gemacht zu werden, noch bevor sie eigentlich begonnen hat. Hinter all dem steckt, wie gesagt, die drängende Not, aber man fragt sich doch, ob da nicht größere Gesichtspunkte und Vorsorge für spätere Untauschnotwendigkeiten hätte erzielt werden können, wenn die Möglichkeit gegeben gewesen wäre, sich mit einer zentralen Stelle in Verbindung zu setzen. An solcher zentralen Leitung fehlt es bei der Lösung der währungspolitischen Tagesfrage durchaus. Die Reichsbank hätte schon mit den Sorgen um die Neugestaltung ihres Betriebes, die nach allen Richtungen hin notwendig wird, überlastet sein. Sie ist nicht die Stelle, der die Behandlung der währungspolitischen Tagesfragen vertrauensvoll übertragen werden könnte. Das Zusammenspiel von Reichsbank, Finanzministerium und Wirtschaftsministerium ist viel zu reibungsvoll und schwerfällig, um mit dem Sturmschritt der Entwicklung Schritt halten zu können. Die Fülle der Aufgaben ist zudem „höhe" vergrößernd. Ueber die Bewertungsfrage und die Notierung der Devisen werden wichtige Entscheidungen zu treffen sein, wenn die Papiermark ganz aus dem Verkehr verschwindet. Daß der Einheitskurs nicht auf die Dauer zu halten ist, ist ohne weiteres klar, und es muß für die dann wiederum beginnende Uebergangsperiode bis zur Einspielung des freien Marktes Sorge getragen werden. Aber auch die Preisgestaltung und diese vor allem, das Tarifwesen, die Bewertung, die beinahe alle Zahlungsvorgänge des Wirtschaftslebens haben heute ihre Bedeutung für die Umstellung des Zahlungswesens oder können sie plötzlich gewinnen. All diese Zusammenhänge zu übersehen und zu verfolgen, ist für den einzelnen unmöglich. Aber man sollte doch dem Gedanken näherstreten, ein kleines Gremium von Währungssachverständigen zu bestellen, das sich mit diesen Lebensfragen des deutschen Wirtschaftlichen und sozialen Lebens zu befassen hat und in den Stand gesetzt wird, noch allgemeinen und großen Gesichtspunkten wenigstens beratend den einzelnen Stellen zur Seite zu stehen, die heute Handlungen mit währungspolitischen Wirkungen vornehmen müssen, ohne doch von der Währungspolitik selber eine Ahnung zu haben.

Indem das Reichsfinanzministerium den Umtausch der kleinen auf Goldmark lautenden Schatzanweisungen des Rentenbankscheine im Laufe des Monats Januar 1924 gestattet, hat es den Kredit, den ihm die Rentenbank gesetzmäßig zur Verfügung stellt, vorweggenommen. Es kann insoweit, als die Inhaber von Goldanleihestücken den Umtausch gegen Rentenmarkscheine im Jahre 1924 vornehmen werden, schmälern ist der Bereich des Reichs für die Uebergangszeit zur Verfügung stehende Rentenmarkbetrag. Währungspolitisch gesehen, ist das nur zu begrüßen, denn da das Reich zweimal bis zu 500 Millionen Goldanleihestücke in den Verkehr bringen will (und zwar in der Hauptsache fortan in kle